



Brüssel, den 20. November 2025
(OR. en)

**Interinstitutionelles Dossier:
2025/0210(BUD)**

15487/25
ADD 6

FIN 1358

A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Rat

Betr.: Gemeinsamer Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2026

- *Erklärungen*
-

Die Delegationen erhalten in der Anlage eine gemeinsame Erklärung Finnlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens sowie eine einseitige Erklärung Ungarns.

**Gemeinsame Erklärung Finnlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens zum
Haushaltsplan der Europäischen Union 2026**

Der EU-Haushaltsplan sollte auf den Grundsätzen einer soliden Haushaltsführung beruhen, ausreichende Spielräume wahren und besondere Instrumente nur für tatsächlich unvorhergesehene Umstände als Sicherheitsvorkehrung vorsehen.

In der Einigung über den Haushaltsplan 2026 wird in verschiedenen Bereichen übermäßiger Gebrauch von besonderen Instrumenten gemacht, während Umschichtungen nur in sehr begrenztem Umfang vorgenommen werden. Der Entwurf umfasst auch erhebliche Erhöhungen der Verwaltungsausgaben sowie Personalaufstockungen. Unserer Ansicht nach darf der EU-Haushalt den breiteren Kontext nicht außer Acht lassen, dass die meisten nationalen Haushalte unter Druck stehen oder mit erheblichen Konsolidierungsmaßnahmen konfrontiert sind.

Wir sind daher der Auffassung, dass die Einigung über den EU-Haushaltsplan für 2026 nicht mit dem Grundsatz einer umsichtigen Haushaltsplanung im Einklang steht.

Erklärung Ungarns
zur Einigung über den Jahreshaushaltsplan der Europäischen Union 2026

Ungarn enthält sich bei der Einigung über den Jahreshaushaltsplan 2026 der Europäischen Union der Stimme.

Ungarn erkennt an, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass die Programme und Organe der Union kontinuierlich funktionieren; Ungarn ist jedoch der Auffassung, dass bezüglich des Programms für die Europäische Verteidigungsindustrie (European Defence Industry Programme – EDIP) und dem Unterstützungsinstrument für die Ukraine folgendes festgehalten werden muss.

Ungarn unterstützt alle Bemühungen um die Aufnahme substanzieller Verhandlungen für einen dauerhaften und stabilen Frieden, mit dem die langfristige Sicherheit des europäischen Kontinents sichergestellt wird. Ungarn ist der Ansicht, dass die EU angesichts der laufenden Friedensverhandlungen unter Führung der Vereinigten Staaten auch ihre Politikgestaltung anpassen muss.

Vor diesem Hintergrund und im Einklang mit seinem langjährigen Einsatz für den Frieden unterstützt Ungarn die Einrichtung oder Finanzierung neuer Instrumente der Union, die militärisch zum Krieg in der Ukraine beitragen und die Gefahr bergen, die laufenden Friedensbemühungen zu untergraben, nicht. Die knappen Ressourcen, die für Verteidigungszwecke zur Verfügung stehen, müssen vollständig für die eigenen Verteidigungsvorbereitungen der Union bereitgestellt werden und unmittelbar den Schutz der EU-Bürgerinnen und -Bürger gewährleisten.

Folglich und im Einklang mit unserem zuvor während der Verhandlungen über die EDIP-Verordnung geäußerten Standpunkt kann Ungarn die vorgeschlagene Mittelzuweisung für das Unterstützungsinstrument für die Ukraine im Rahmen des Haushaltsplans 2026 nicht billigen.
